

ANFRAGE von Peter Grau (SD, Zürich)

betreffend Jugoslawische Flüchtlinge.

Um in die Schweiz einreisen zu können gilt seit dem 1. Januar 1992 für jugoslawische Bürger eine Visumpflicht. Seither sind jedoch tausende jugoslawischer Familien in die Schweiz eingewandert. Tausende haben eine vorübergehende Aufenthaltsbewilligung erhalten, welche immer wieder durch den Bundesrat verlängert wird. Der Familiennachzug von Kurzarbeitern, Saisoniers und Jahresaufenthaltern, welche schon in der Schweiz sind, reisst nicht ab. Ein Ende des Bürgerkrieges in Jugoslawien ist nicht abzusehen, womit die Chance, dass die Flüchtlinge die Schweiz wieder Richtung Heimat verlassen gering ist. Es wurde verpasst, daran zu denken, was mit diesen Flüchtlingen hier geschehen soll. In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Fragen an den Regierungsrat:

- Hat der Regierungsrat Kenntnis über die Anzahl jugoslawischer Einwanderer, die hier legal einer Arbeit nachgehen, d. h. mit ordentlicher Bewilligung?
- Wie viele Jugoslawen besitzen nur eine befristete Aufenthaltsbewilligung und bestehen Anhaltspunkte über die Anzahl jugoslawischer Schwarzarbeiter?
- Wie viele Jugoslawen beziehen Arbeitslosenunterstützung obwohl ihre Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen abgelaufen sind?
- Wie viele jugoslawische Familien sind hier registriert deren Kinder demnächst in eine "E"-Klasse aufgenommen werden? Wie viele Fälle sind dem Regierungsrat bekannt, wo schon jetzt, jugoslawische, sogenannte "versteckte Kinder" die Schule besuchen? Wie viele "E"-Klassen gibt es schon im Kt. ZH und wie gross ist der Anteil jugoslawischer Kinder in diesen Klassen? Wer finanziert diese "E"-Klassen und wie hoch sind deren Kosten?
- Ist es dem Regierungsrat bekannt, dass trotz Bürgerkrieg jugoslawische Familien laufend nach Jugoslawien in die Ferien reisen, obwohl sie hier als Flüchtlinge gelten?
- Ist der Regierungsrat nicht auch der Ansicht, dass der Status "Flüchtling" in diesen Fällen nicht gerechtfertigt ist?
- Ist der Kanton Zürich in der Lage und bereit jugoslawische Flüchtlinge in nicht vom Bürgerkrieg tangierte Gebiete zurückzuschicken?
- Was unternimmt die Regierung des Kantons Zürich um diesem Misstand ein Ende zu setzen.

Peter Grau